



PEACE NOW!

Frieden fördern

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDETAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

DEM FRIEDEN DER WELT DIENEN

„... dem Frieden der Welt zu dienen“, ist erklärtes Ziel unseres Grundgesetzes. Auch die Vereinten Nationen verpflichten sich in der 2015 verabschiedeten „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ dazu, den Menschen auf der ganzen Welt ein Leben in Würde zu ermöglichen, Frieden zu schaffen und eine intakte Umwelt zu erhalten.

Die 17 Ziele der Agenda schlüsseln die Aufgaben von „Armutskämpfung“ bis „Zusammenhalt“ auf. Um sie zu erreichen, müssen alle einen Beitrag leisten. Das gilt insbesondere auch für das Ziel 16 „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern“. Es fordert, „allen Menschen Zugang zur Justiz zu ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen“. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass die deutsche Politik in diesem Sinne aktiv zur zivilen Krisenprävention, friedlichen Streitbeilegung und Friedensförderung beiträgt. Nach dem Grundsatz „do no harm“ ist vorsichtiges Vorgehen erforderlich, um nicht zur Entstehung neuer Gewalt beizutragen.

KOHÄRENT HANDELN

Gefordert ist eine kohärente Politik nach innen wie nach außen. Der Erfolg einer konstruktiven Entwicklungszusammenarbeit hängt entscheidend davon ab, dass unterschiedliche Politikfelder an einem Strang ziehen. Wenn eine falsche Agrarpolitik aber einheimische Märkte zerstört, eine unverantwortliche Rüstungsexportpolitik regionale Konflikte befeuert oder eine klimaschädliche Wirtschaftspolitik die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist Frieden kaum möglich.

Die verschiedenen Ministerien müssen sich wesentlich besser abstimmen. Die grüne Bundestagsfraktion fordert hierfür eine verbindliche interministerielle Koordination, zum Beispiel in Form eines Nationalen Rates für Frieden und Nachhaltigkeit. Seine Aufgabe wäre es, die Vorhaben der Bundesregierung daraufhin zu koordinieren und zu kontrollieren, dass sie sich nicht negativ auf Frieden und Nachhaltigkeit auswirken.

Die pakistanische Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai bei ihrer Ankunft in der Nähe des Flüchtlingscamps Dadaab an der kenianisch-somalischen Grenze, Juli 2016.
Foto: Thomas Mukoya / Reuters



**WIR FORDERN, DIE ROLLE DER FRAUEN
FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT GEMÄSS
UN-RESOLUTION 1325 ZU STÄRKEN.**

FRIEDENSPOTENZIALE UNTERSTÜTZEN

Konfliktursachen versteht man häufig erst vor Ort. Projekte der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung müssen ihren Auftrag deshalb an die örtlichen Gegebenheiten anpassen können. Eine längerfristige Finanzierung ist dafür unerlässlich. Starre Zielmarken helfen ebenso wenig wie eine kurzfristige, verwaltungstechnische Herangehensweise. Wichtig ist die Einbindung von Akteuren, die vor Ort eine rechtsstaatliche Entwicklung voranbringen können. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen – sowohl bei uns in Deutschland als auch in den Ländern, in denen gearbeitet werden soll – kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die sogenannte Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung, die auch bei Konflikten Hilfe zur Selbsthilfe leisten soll, sehen wir eher kritisch. Zu stark richtet sie das Augenmerk auf waffentragende Warlords und Ausrüstungshilfe. Zu wenig bezieht sie Frauennetzwerke und Minderheiten, die Verteidigerinnen und Verteidiger von Menschenrechten oder Gewerkschaften ein. Wir fordern, insbesondere die Rolle der Frauen für Frieden und Sicherheit gemäß UN-Resolution 1325 zu stärken und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern.

ZIVILE KRISENPRÄVENTION WEITERENTWICKELN

Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ von 2004 war ein Meilenstein außenpolitischer Strategiesetzung. Dieser Vorstoß der rot-grünen Regierung ist von keiner nachfolgenden Bundesregierung ernsthaft weiterentwickelt worden. Aktuell ist vor allem akute Krisenhilfe gefragt, wie etwa in der Ukraine, im Irak, in Syrien, Afghanistan, dem Jemen und vielen Ländern Afrikas. Zugleich wollen wir der Gewalteskalation aber strukturell vorbeugen und die friedliche Bearbeitung von Konflikten in den Blick nehmen.

IN VIER BEREICHEN SETZEN WIR DAZU SCHWERPUNKTE:

1) MEDIATION AUSBAUEN

Abseits des Scheinwerferlichtes um politische Lösungen zu ringen, ist der Kern aller Streitschlichtungsbemühungen. Mediation ist umso wirksamer, wenn beide Parteien gesichtswahrend ihren Konflikt beilegen können. In den letzten Jahren hat diese Form diplomatischen Engagements international an Bedeutung gewonnen. Wir wollen, dass auch Deutschland auf diesem Gebiet stärker vertreten ist und Personal speziell für diese Aufgabe qualifiziert. Wir sollten „Elder Statesmen & -women“ gezielter als Mediatorinnen und Mediatoren einsetzen. Auch DiplomatinInnen, PolitikerInnen oder ausgewiesene Führungspersönlichkeiten können eine Vermittlerrolle übernehmen. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass Deutschland seine internationalen Mediationsfähigkeiten deutlich ausbaut. Sinnvoll ist in diesem Zusammenhang eine Mitgliedschaft beim auf Dialog und Mediation fokussierten Europäischen Friedensinstitut (European Institute of Peace).

2) RECHTSSTAAT- LICHKEIT FÖRDERN

Konflikte sollten zivil ausgetragen werden, nicht gewaltsam. Für ein friedliches Miteinander auf Grundlage klarer Regeln sind die Einhaltung und der Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren essenziell. Weltweit haben aber längst nicht alle Menschen diese Möglichkeit, auch wenn es auf lokaler Ebene verschiedenste Systeme des Interessenausgleichs gibt. Sie zu stärken oder aufzubauen, ist das Ziel von Rechtsstaatförderung. Darauf setzen wir als grüne Bundestagsfraktion.

Projekte, die von unterschiedlichen Ministerien gefördert werden, sollten besser miteinander koordiniert werden. Dazu braucht es mehr Personal mit entsprechender Justiz- und Rechtsstaatexpertise, aber auch Kenntnis lokaler und kultureller Besonderheiten. Es hilft nicht, eigene Wertvorstellungen ungefiltert auf andere Gesellschaften zu übertragen. Gefordert sind tragfähige, passgenaue Lösungen. Universelle Menschenrechte oder Ziele, wie die Gleichstellung der Geschlechter, müssen gewahrt werden.

**ABSEITS DES SCHEINWERFERLICHTES UM
POLITISCHE LÖSUNGEN ZU RINGEN, IST DER KERN
ALLER STREITSCHLICHTUNGSBEMÜHUNGEN.**



Foto: POOL New / Reuters



Foto: Frey / OIKAPIA

3) SICHERHEITS- SEKTOR REFORMIEREN

Menschen wollen sicher leben können. Eine zentrale Voraussetzung ist ein Sicherheitsapparat – vor allem Polizei und Militär – der über die Legitimität verfügt, die demokratische Staaten auszeichnet. Dazu gehören das Gewaltmonopol und transparente Strukturen, die demokratische und zivile Kontrolle, die Einhaltung der Menschenrechte und Rechenschaftspflicht. Die wenigsten Sicherheitsapparate der Welt genügen diesem Anspruch. Seine Verwirklichung ist deshalb das erklärte Ziel der Vereinten Nationen (UN) und der Europäischen Union. Insgesamt entsenden die UN über 13.000 Polizistinnen und Polizisten in ihre Einsätze, um weltweit gute Polizeiarbeit voranzubringen. Es ist beschämend, dass Deutschland nur etwa 20 PolizistInnen für diese Aufgabe im UN-Rahmen abstellt. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass Bund und Länder mehr zu solchen internationalen Polizeimissionen beitragen. Die personellen und strukturellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizeikräften und die Unterstützung von Sicherheitssektorreformen müssen daher dringend verbessert werden.



Foto: Esam Al-Fetori / Reuters

4) AUFARBEITEN UND VERSÖHNNEN

Eine Gesellschaft, die Krieg oder Diktatur erlebt hat, kann nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Damit die Menschen friedlich und nach demokratischen Regeln zusammenleben können, müssen begangene Gräueltaten aufgearbeitet, anerkannt und geahndet werden. Mit der Bestrafung von Kriegsverbrechern allein ist es nicht getan. Auch die Opfer müssen gehört werden. Lehren aus der Vergangenheit müssen gemeinsam mit ihnen gefunden und umgesetzt werden. Die Einsetzung von Strafgerichtshöfen, Wahrheitskommissionen oder Versöhnungskomitees reicht nicht aus. Es braucht auch auf individueller Ebene Traumaarbeit, zum Beispiel zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Kriegsverbrechen.

Wir Grüne im Bundestag wollen, dass Deutschland anhand internationaler Vorbildlicher Erfahrungen eine kohärente Strategie zu Vergangenheitsarbeit, Wahrheitsfindung und Wiederherstellung von Gerechtigkeit (Transitional Justice) erarbeitet und auch international Unterstützung anbietet.

*Zeichnung, entstanden während einer Traumatherapie,
Bundeswehrkrankenhaus Hamburg.
Foto: Holde Schneider / VISUM*



UNSERE FORDERUNGEN:



Chancen für Frieden und Friedenspotenziale müssen besser genutzt und kontraproduktive Maßnahmen unterlassen werden



Deutschland muss insbesondere sein Engagement in den Bereichen Mediation, Rechtsstaatsförderung, Sicherheitssektorreform und Versöhnung beziehungsweise Vergangenheitsarbeit stärken



Hierfür müssen nicht zuletzt die finanziellen, personellen und strukturellen Voraussetzungen, zum Beispiel im Polizei- und Justizbereich, verbessert werden



Die Kohärenz und Folgenabschätzung soll im Rahmen eines interministeriellen Nationalen Rats für Frieden und Nachhaltigkeit systematisch verbessert werden



Projekte der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik brauchen klare Wirkungsannahmen, eine professionelle Evaluierung und effektive Weitergabe von Wissen



Friedens- und entwicklungspolitische Projekte brauchen langfristige Finanzzusagen und Flexibilität. Zivilgesellschaftliche Projekte und Träger, nicht zuletzt Frauen, müssen als zentrale Akteurinnen und Akteure jeder Friedensstrategie stärker gefördert werden.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte

TEL 030/227 58944, FAX 030/227 56912, info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » Grüne Eckpunkte für zivile Krisenprävention und Friedensförderung (Fraktionsbeschluss vom 18.10.2016)
- » gruene-bundestag.de » Themen » Frieden

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 18/9675 Internat. rechtliche Zusammenarbeit stärken (Antrag)
- 18/9662 Deutsches Engagement beim Einsatz von PolizistInnen in internat. Friedensmissionen stärken (Antrag)
- 18/3928 Entschließungsantrag zum Umsetzungsbericht der Bundesregierung, Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“
- 18/1117 Zivile Krisenprävention stärken (Antrag)

Abonnieren Sie unseren monatlichen E-Mail-Newsletter „Internationale Politik und Menschenrechte“

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titel: Mauritius

Stand: März 2017, Schutzgebühr: 0,05 €

